

## Anmerkungen zum Millennium\*

Von Helmut Konrad

Österreich hat im Verlauf des 20. Jahrhunderts mit dem Versuch, staatliche Legitimation aus der Aneignung historischer Ereignisse oder Prozesse zu gewinnen, nicht immer Glück gehabt. In der an Bruchlinien und Kontroversen reichen Geschichte sind Gedenktage und Gedenkjahre von beachtlicher Kurzlebigkeit im Gedächtnis der österreichischen Öffentlichkeit. Dies gilt für Staats- und Nationalfeiertage (12. November, 26. Oktober), aber auch für Gedenk- und Bedenkjahre, vom „Türkenjahr“ bis zum Bedenkjahr 1988. Praktisch alle „runden Zahlen“ sind in unserem Land stark lager-spezifisch besetzt, bieten Teilidentitäten und sind für den Gesamtstaat schwer zu nutzen. Einzig der 26. Oktober schien längere Zeit diese Funktion für die Republik Österreich zu erfüllen, er durchläuft aber gerade in diesen Jahren einen Bedeutungswandel.

Gedenkfeiern stellen den Versuch dar, historische Personen, Ereignisse, Orte oder Prozesse zum Bestandteil und damit zur Krücke der eigenen Gruppenidentität werden zu lassen. Sie verankern Teilaspekte der Geschichte im kulturellen Gedächtnis der jeweiligen Bezugsgruppe, die in Mitteleuropa nicht notwendigerweise der Staat sein muß. Die Vielschichtigkeit des Nationsbegriffs in dieser Region und die zeitweilige Verfestigung politischer Lager läßt historische Legitimation entlang anderer Grenzen als der von Staaten laufen. „Nation“ meint nur in Ausnahmefällen Staat, die raschen Zusammenbrüche und Verschiebungen von staatlichen Einheiten (mit wenigen Versuchen, multi-ethnische Gedenk- und Festtage zu etablieren wie Kaisers Geburtstag) ließen weiter zurückreichende Ereignisse meist ethnisch, die neueren hingegen politisch interpretieren.

In diesem Gefüge ist auch das „Millennium“ einer kritischen Prüfung zu unterziehen. Das Millennium ist natürlich auch, aber nicht nur, eine Vermarktungsstrategie Österreichs im Versuch, dem Fremdenverkehr neben dem Habsburg-Mythos ein weiteres historisches Standbein zu geben. Ausstellungen in Neuhofen und St. Pölten, Millenniumsuhren, -krawatten, -wein, Horoskope etc., Inszenierungen von Events wie einer Oldtimer-Ralley, all das weist in die Richtung einer Öffentlichkeitsarbeit im Sinne der Umsätze von Handel und Fremdenverkehrsgewerbe. Daneben aber ist das Millennium auch ein historisches Ereignis. Als solches ist es wie jede Gedenkfeier der Versuch der Aneignung eines weit zurückliegenden Sachverhalts für die Gegenwart, die Einbindung des österreichischen „Namenstages“ in das kulturelle Gedächtnis der jungen Republik. Ein solcher Vorgang kann positive und negative Implikationen haben.

Auf die negativen Aspekte hat schon im Jahr 1982 Michael Mitterauer schlüssig hingewiesen. In seiner damaligen Analyse des Allgemeinen Deutschen Katholikentages

\* Vortrag bei der Jahreshauptversammlung des Historischen Vereines für Steiermark am 14. März 1996, für den Druck überarbeitet.

und des Türkenjahres aus den dreißiger Jahren konnte er zumindest zwei Gefahren in einer an Jubiläen fixierten Geschichtsbetrachtung festmachen. Die entstehenden Geschichtsbilder sind statisch, lassen das Prozeßhafte zurücktreten, teilen die Geschichte in starre Epochen und vernachlässigen Kontinuitäten. Noch stärker ist das Problem, daß eine solche Annäherung an die Geschichte mit Feindbildern argumentiert, streng zwischen Gut und Böse trennt und damit Ausgrenzungen vornimmt. Die Zielsetzung eines offenen, toleranten, durchlässigen Umgangs mit der Vergangenheit wird damit unterlaufen. Die unmittelbare Gegenwart, etwa am Balkan, kann diese Gefahren nur allzu deutlich bestätigen.

Allerdings gibt es auch Chancen. Inszenierte Großereignisse wecken ein verstärktes Interesse an Geschichte, führen auch Menschen, die im täglichen Leben wenig historische Bezüge haben, an die Vergangenheit heran. Fragen der Identität können in kritischer Weise neu gestellt werden und dienen dazu, für breite Schichten damit die Alltagsbewältigung um die historische Dimension zu erweitern. Wer den Boom bei populärwissenschaftlichen Publikationen im Zusammenhang mit Ausstellungen und Gedenkfeiern beobachtet, der sollte dies nicht nur als Trivialisierung abtun, sondern auch die Möglichkeiten sehen, die in solchen Wellen der Aufmerksamkeit liegen.

Die Millenniums-Feier ist ein historisches Konstrukt. Immerhin basiert dieses auf einem realen Dokument, dessen Charakter unbestritten ist, ohne daß damit belegt ist, ab wann die Bezeichnung „Ostarrichi“ tatsächlich gebraucht wurde und wie durchgängig sich der Gebrauch durch die Jahrhunderte zieht. Auch ist damit sicher die Frage nach einer territorialen Identität nicht wirklich gestellt, denn was dieses Dokument etwa für Vorarlberg besagen soll, ist wohl nicht Gegenstand ernsthafter Erörterungen. Es kann hier in diesen Ausführungen nicht der Versuch gemacht werden, den Stellenwert des Datums im wissenschaftlichen Erkenntnisprozeß von Historikern, die sich diesem Zeitabschnitt in ihrer Forschungsarbeit widmen, zu analysieren. Hier ist nur der wirkungsgeschichtliche Zusammenhang und die retrospektive Konstruktion der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts interessant. Positiv ist jedenfalls anzumerken, daß das Dokument keinen Konflikt beschreibt, damit nicht Österreich von „anderen“ abhebt, sich nicht auf ein dramatisches Ereignis bezieht, sondern gerade dadurch, wie der Name erwähnt wird, auf das zufällige Wachsen und den Prozeßcharakter abzielt. Die Bezeichnung „Namens-tag“, geprägt von Heide Dienst, die damit ein Zitat von Alfons Lhotsky aus dem Jahr 1946 aufgreift, ist daher auch wesentlich charakteristischer. Das Dokument ist keine Geburtsurkunde (für welches staatliche Gebilde immer), als erste bekannte schriftliche Namensnennung hat es aber einen gewissen Stellenwert.

Gerade diese geringe Fixierung und die Anerkennung des „Millenniums“ als Konstrukt machen es möglich, das Augenmerk auf den Kontext zu richten, in den diese historische Rückbesinnung eingebettet ist.

Es ist kein Zufall, daß ein seit Jahrzehnten (eigentlich seit 1946, als es aus Gründen, die noch zu zeigen sein werden, zu einem offiziellen Erinnern an 996 gekommen war) fast vergessenes Datum gerade wenige Jahre vor dem Millennium wieder ins Blickfeld geholt wurde, und zwar vom damaligen Wissenschaftsminister Erhard Busek. Mit seiner besonderen Sensibilität für die mitteleuropäische Region erkannte Busek deutlich, daß durch den Zusammenbruch des Warschauer Paktes, den Fall des Eisernen Vorhangs und Österreichs Weg in die Europäische Union Neudefinitionen und neue Absicherungen von Identitäten notwendig werden. Diesem Umstand wurde mit einer großzügigen Projektförderung unter dem Titel „Grenzenloses Österreich“ Rechnung getragen. Erste Resultate, und zwar durchaus beeindruckende Forschungsleistungen ohne historische Verklärung, liegen in der Zwischenzeit bereits vor und werden in einer eige-

nen Buchreihe vorgestellt werden. Allerdings hat, verursacht durch die Verschiebung einiger Rahmenbedingungen, das Gesamtprojekt schon kurz vor dem angepeilten Jahr 1996 an Schwung verloren. Ebenso sind die beiden Ausstellungen zum Millennium in St. Pölten und in Neuhofen nicht gerade dazu angetan, diesen Schwung durch die Gewinnung zusätzlicher Öffentlichkeit zu ersetzen. Zu konventionell gestaltet, bleibt ihre Außenwirkung eher gering.

Die Rückholung des Jahres 996 ins österreichische historische Gedächtnis findet in einer Phase unserer Geschichte statt, die man wohl als eine Weichenstellung bezeichnen kann. Wie nunmehr, am Ende des 20. Jahrhunderts, Österreich wissenschaftlich und emotional verankert wird, wird einige Zeit wohl prägend sein. Und hier ist die Geschichtswissenschaft aufgerufen, ihren Beitrag zu leisten.

Im Prinzip ist die Situation günstig: das Bekenntnis zur österreichischen Nation ist gefestigt, die Gruppe jener, deren Identität in einem kulturell-politischen Sinn nach anderen Grenzen ruft, ist verschwindend klein. Dennoch ist vieles, was man als sicheres Fundament, ja als notwendigen Bestandteil dieser Basis angesehen hat, gerade jetzt einem dramatischen Änderungsprozeß unterworfen. Es wird daher zu fragen sein, ob und wie weit diese Änderungen die Merkmale des österreichischen Nationsbegriffs beeinflussen und wie weit gerade das „Millennium“ dazu beitragen kann, eine neue Stabilität zu erreichen.

Unter jenen Änderungen sind vor allem zu nennen:

1. Der Kalte Krieg ist, zumindest in Europa, zu einem Ende gelangt, was die über vier Jahrzehnte festgefügte Position Österreichs, nämlich Schaufenster des Westens und Mittler zwischen den Blöcken zu sein, verlorengehen ließ. Diese Mittlerfunktion war natürlich seit 1955 ganz wesentlich über die Neutralität des Landes definiert. Daß man nicht den 25. Oktober 1955, den Tag des Abzugs des letzten fremden Soldaten, sondern den 26. Oktober zum Nationalfeiertag erklärt hat, zeigt den historisch breiten Konsens. Erstmals war ein Gedächtnisort, lagerübergreifend und mit allgemeiner Zustimmung versehen, gefunden worden. Die Neutralität wurde bis zur Charaktereigenschaft der österreichischen Nation hochstilisiert. Ihr Bedeutungswandel und ihr unzweifelhafter Bedeutungsverlust in den letzten Jahren entzieht dem österreichischen Nationsverständnis die wohl bislang wichtigste Grundlage. Es ist um so bemerkenswerter, daß dies zu keiner sichtbaren Irritation in der Frage der österreichischen Identität geführt hat. Das ist ein deutlicher Beleg für die Verselbständigung des Nationsbegriffs, der heute nur noch die prinzipielle Bejahung erfährt, nicht mehr aber der genauen Erklärung und Aufschlüsselung der Frage des „Warum“ bedarf.
2. Österreichs nationales (Selbst-)Bewußtsein konnte in den letzten Jahrzehnten auch von einigen sozio-ökonomischen Besonderheiten leben, die als wesentlich für die Zustimmung zum Staat und damit zu einem westeuropäisch-nordamerikanischen Nationsverständnis erachtet werden können. Das bemerkenswerte Wirtschaftswachstum ohne größere Einbrüche über eine Generation hinweg, die Anerkennung der Konfliktregelungsmechanismen in der Sozialpartnerschaft, der damit verbundene Ausbau und die Verlässlichkeit des sozialen Netzes und schließlich wohl auch der große Anteil der Verstaatlichten Wirtschaft, die der Regierung ein wesentliches Konjunktursteuerungselement bescherte, all das war wesentlich, um das Gefühl zu vermitteln, in einem guten, lebenswerten Land zu leben, und so eine hohe Zustimmung zu Staats- und Regierungsform zu erzielen. Diese Konstruktion zeigt nunmehr Risse. Die Verstaatlichte ist durch die tiefe Krise existentiell erschüttert, die Leistungsfähigkeit sozialpartnerschaftlicher Institutionen wird zunehmend in Zweifel gezogen. Ob der Generationenvertrag halten wird, scheint

immer unwahrscheinlicher. Lange für unerschütterlich gehaltene ökonomische und soziale Sicherheiten sind neuen Ängsten, in denen vielleicht auch neue Chancen liegen, gewichen. Die politische Kultur unseres Landes läßt aber eine allzu positive Einschätzung der Chancen nicht zu, zu sehr ist man an Sicherheitsdenken und an geringe Mobilität gewöhnt.

3. Die Politik der Zweiten Republik ist durch einen breiten Elitenkonsens gekennzeichnet. Wenn sich auch Lagermentalitäten der Ersten Republik halten konnten, so war doch vieles, was sich an politischen Konflikten abspielte, nur Theaterdonner für die jeweils eigene Anhängergruppe. „Versäulte Konkordanzdemokratie“ wird dieses System genannt, das durch die große Verständigungsbereitschaft an der Spitze bei gleichzeitigen ritualisierten Konflikten an der Basis gekennzeichnet ist. Aber sowohl an der Spitze als auch an der Basis ist vieles in Bewegung geraten. Während an der Basis die Härte der Säulen sich aufzuweichen beginnt, Wechselwählerverhalten die Norm wird, gibt es an der Spitze Verhärtungen, Abgrenzungen und eine neue Konfliktkultur. Österreich hat also auch politisch seine Sonderstellung weitgehend aufgegeben. Damit fällt ein weiteres Identitätsmerkmal weg, wenn auch die große Koalition als die dem Elitenkonsens entsprechende Regierungsform derzeit wieder die österreichische Politik bestimmt.
4. Die Frage, wie sich nationale Identität konstituiert, war in Europa für einige Jahrzehnte relativ eindeutig zu beantworten. Im Westen entwickelte sich ein Staatsnationsverständnis, das im wesentlichen auf eine Zustimmung zur Staatsform aufbaute. Der Osten kannte ein stärkeres Kulturnationsverständnis, wo die Trennlinien durch Sprache, Religion oder durch ein wie immer definiertes „Ethnos“ gekennzeichnet waren. Österreich hatte sich einer dominant westlichen Form angenähert, wenn auch einige Elemente eines Kulturnationsverständnisses (gerade etwa als Land der Hochkultur, „Musikland Österreich“ etc.) sichtbar waren. Da auch die Bundesrepublik Deutschland ausgeprägt auf die Staatsnation, ja die Verfassungsnation setzte und das Grundgesetz auch zur Abgrenzung gegenüber der DDR nutzte, konnte sich das österreichisch-deutsche Verhältnis entkämpfen und zur wenig problematischen Rivalität, etwa im Sport, werden. Als aber vor einigen Jahren in Deutschland das Staatsnationsverständnis wegbrach und einem neuen (alten) Kulturnationsverständnis eruptiv Platz zu machen hatte („Wir sind ein Volk“), waren manche Österreicher in Sorge, welche Rückwirkungen unser Land zu spüren bekommen würde. Die völlige Unberührtheit unseres Nationsverständnisses durch die deutsche Wiedervereinigung war das erstaunliche Resultat. Ebenso ist bemerkenswert, daß das ehemals deutschnationale Lager im Land in den letzten Jahren signifikant auf eine österreichisch-patriotische Linie einschwenkt und nachgerade zum Verteidiger Österreichs gegen einen „Anschluß“ an die EU geworden ist.
5. Da aber der europäische Integrationsprozeß voranschreitet und Österreich mit seiner wohl wichtigsten politischen Entscheidung der letzten Jahre Mitglied der Europäischen Union geworden ist, müssen gewisse Prozesse, die in Europa laufen, nunmehr stärker in ihrer Rückwirkung auf Österreich bedacht werden. Die Gemeinschaft entschärft keine nationalen Konflikte, nicht in Belgien, nicht in Spanien, nicht in Irland. Ein europäisches Bewußtsein als moralische Instanz hat sich (noch) nicht gebildet, es fehlen Gedächtnisorte, und auch die Symbolik ist nicht ausgereift. Forschungspolitik ist in der EU noch fast ausschließlich als Antwort auf die technologische Herausforderung durch Japan und die USA konzipiert, sozial- und kulturwissenschaftliche Projekte, die auf ein Herausarbeiten eines europäischen Erbes und damit einer europäischen Identität zielen, sind kaum in Sicht. Dafür aber gibt es politische

Schlagworte, die weit in die Identität der Nationalstaaten hineinwirken. Für Österreichs Selbstverständnis ist dabei das „Europa der Regionen“ am beachtenswertesten. Die Stärkung regionaler Identitäten führt sicherlich eine Schwächung der nationalstaatlichen Bewußtseinsfaktoren im Schlepptau. Was meint „Europa der Regionen“, was ist auf diesem Kontinent eine Region? Denkt man an alte historische Einheiten oder an neue Wirtschaftsgebiete? Ist Alpe-Adria eine Regionsbezeichnung? Welche neuen Trennlinien laufen durch ein regionalisiertes Europa? Sind es Sprachen, Klimazonen, Küchengewohnheiten, Religionen? Ist etwa Tirol im alten Sinn eine Region, wird dadurch ein älteres Landesbewußtsein zur Herausforderung für die österreichische Identität? Gerade das Landesbewußtsein war ja in der Ersten Republik viel stärker ausgeprägt als das Bekenntnis zum Staat („Deutschland durften wir nicht sagen, Österreich wollten wir nicht sagen, also haben wir Kärnten gesagt“, ist etwa ein beliebter Spruch aus dem Kärntner Abwehrkampf, bei dem es ja um den Verlauf einer österreichischen Außengrenze ging), nur konnte man nach 1945 nicht wirklich ungebrochen daran anknüpfen, da dies nicht der antinationalsozialistischen Selbstdarstellung entsprach.

Jedenfalls ist ein Europa der Regionen grenzüberschreitend bzw. innerhalb von Staaten auf kleinere Identitäten abgestellt. Dieser Herausforderung wird sich zwar nicht nur Österreich gegenüberstellen, aber Österreichs nationale Identität ist jünger und damit wohl auch noch nicht so gefestigt wie das der vergleichbaren Staaten in West- und Nordeuropa.

Sicherlich ließen sich diese fünf Punkte noch ergänzen, es ist aber ohne Zweifel schon deutlich geworden, daß sich ein gewaltiger Umbruch vollzogen hat und noch vollzieht, der eine neue Verständigung über das österreichische Selbstverständnis notwendig macht. Deshalb kommt dem Millennium politisch eine enorme, vielleicht noch gar nicht wirklich realisierte Bedeutung zu. Je größer die Unsicherheit ist, desto stärker wird an die Geschichte appelliert, und je weiter zurück die tatsächliche oder vorgebliche Kontinuität gezeichnet werden kann, desto stärker wirkt sie stabilisierend. Natürlich wird nicht jede politische Rede, jede historische Veranstaltung im vollen Bewußtsein dieses Kontextes stehen, in ihrer Gesamtheit werden sie aber extrem meinungsbildend sein, und die Resultate werden in den Folgejahren zu erkennen sein. Das letzte große Ereignis, bei dem Geschichte und Politik in ähnlicher Weise gefordert waren, war das sogenannte „Bedenkjahr“ 1988. Die damals durchgeführte wirkungsgeschichtliche Analyse von Heidemarie Uhl konnte deutlich machen, daß die gruppenspezifischen Differenzen die Wirkung minimierten und sich wechselseitig im Bemühen praktisch aufhoben. Beim Millennium hingegen gibt es kaum lagergebundene Interessen, daher ist eine hohe Auswirkung anzunehmen.

Im Rahmen des Großprojekts „Grenzenloses Österreich“ hat die Abteilung Zeitgeschichte einen Forschungsauftrag erhalten, in dem die historische Legitimation von Ständestaat und früherer Zweiter Republik vergleichend untersucht werden sollte. Werner Suppanz hat dieses Projekt durchgeführt, und seine große Studie, die demnächst als Buch erscheinen wird, ist ein wichtiger Beitrag zu den hier aufgeworfenen Fragestellungen. Besonderes Interesse verdient in diesem Zusammenhang sein vergleichender Blick auf den Umgang mit dem Jahr 996 in den beiden von ihm untersuchten Epochen des 20. Jahrhunderts. Daß dabei vor allem die 950-Jahr-Feiern des Jahres 1946 ein lohnendes Untersuchungsobjekt sein würden, war rasch klar. Und einige andere Autoren, wie etwa Karl Gutkas und Walter Pohl, haben, obwohl nicht von der Zeitgeschichte kommend, ganz wesentliche Texte zu diesem Gegenstand vorgelegt. Auf diese genannten Arbeiten stützen sich die folgenden Ausführungen.

Daß die historische Legitimation 1936 ganz anders verlief als 1946, ist teilweise klar, in manchen Punkten aber doch überraschend. Zwei ganz unterschiedliche „Geschichten Österreichs“ treten uns entgegen, obwohl sich in beiden Zeiten Österreich in erster Linie in Abgrenzung zu Deutschland und als Alternative, ja Antithese zum Nationalsozialismus und seinen Ideen vom „tausendjährigen Reich“ begriff. Aber dem monolithischen Geschichtsbild des Ständestaates stand eine stark differenzierte Annäherung in der jungen Republik gegenüber. Das Verhältnis zum Deutschland der Österreicher hatte sich in diesem Jahrzehnt gewandelt, vom „Nicht-Preußen“ hatte es sich zum „Nicht-Deutschen“ weiterentwickelt, eine ethnische Fundierung des Nationsbegriffs war obsolet geworden. Das Geschichtsverständnis hatte sich säkularisiert, und andere Epochenbewertungen mußten in den Vordergrund treten.

Auffallend ist, wie wenig man im Ständestaat dem Datum 996 Beachtung schenkte. Wohl gab es eine historische Publizistik, die vor allem in der Ablehnung des Begriffs „Ostmark“ eine Namenskontinuität von „Ostarrichi“ zu „Österreich“ herauszuarbeiten versuchte, es gab aber keinerlei Ansätze zu einer 940-Jahr-Feier, von einer Geburtsstunde Österreichs im Jahr 996 ist nirgendwo die Rede. Eine Kontinuität Österreichs wird viel weiter zurück, bis in die Geschichte Noricums, gezeichnet, die dann christlich überhöht ihre Fortsetzung gefunden hat. Österreichische Geschichte wird im wesentlichen in den Anfängen deckungsgleich mit der Christianisierung Mitteleuropas, die Kultfigur ist der heilige Severin. Daneben verblaßt 996 zu einer bescheidenen Episode.

Zehn Jahre später ist die Situation dramatisch anders. Der junge Staat muß auf Integration und auf die Entwicklung eines neuen Selbstverständnisses setzen und bedient sich natürlich dazu der Geschichte. Eine möglichst ungebrochene und lange Kontinuitätslinie war dabei das Ziel, und so sind die Gedenkfeiern zum 950-Jahr-Jubiläum Ende Oktober 1946 ein deutlicher Beweis für die politische Instrumentalisierung von Geschichte. Karl Gutkas weist mit schönen Belegen darauf hin, daß dieser Versuch einer Bedrohung durch die alte Lagermentalität ausgesetzt war, daß die Auseinandersetzung um die Besetzung öffentlicher Räume und um den Einsatz von Symbolen nicht gesamtstaatlich, sondern fraktionell segmentiert ablief. Hier wirkte die Geschichte der Ersten Republik nach, speziell die Feiern von Wien und Niederösterreich wurden auch zu politischen Manifestationen von Sozialisten und Konservativen.

Darüber aber, im angesprochenen Elitenkonsens, trafen sich die Regierungsmitglieder und der Bundespräsident in einem Interpretationsversuch der Ostarrichi-Urkunde, die synchron verlief. Karl Renner legte am 20. Oktober die Richtung fest, als er ausführte, daß „heute, in der Epoche der Wiederauferstehung Österreichs und der Wiedererhebung seines Volkes, der richtige Augenblick sei, an der Hand der tausendjährigen Erfahrungen einer tausendjährigen Vergangenheit den Ausblick in die Zukunft zu gewinnen“. Daß es kein Millennium war, schien kein Hinderungsgrund, ein ganzes Jahrtausend zu beschwören und somit diese Geschichte dem „Tausendjährigen Reich“ gegenüberzustellen. Zwei Tage später, am 22. Oktober 1946, setzte Renner nochmals nach: „Wir haben zwar keine Wildnis, aber eine durch schwere Kriegsschäden heimgesuchte Landschaft zu bestellen. Wir sind zwar nicht staatenlos wie jene Vorfahren, die Neusiedler von Ostarrichi, aber wir haben unseren Staat von der Gemeinde bis zur Staatsregierung neu aufzubauen gehabt.“ Renner sieht also keine längere Kontinuität, spricht nicht von Noricum, von Christianisierung, von der Brückenfunktion, sondern, um die Parallele zu 1945 zu verstärken, vom Neuanfang. Damit sollten wohl auch die Kontinuitäten zur Zeit vor 1945 symbolisch gekappt werden.

Bundeskanzler Figl argumentiert ähnlich, wenn er bei den Feiern am 30. Oktober 1946 anlässlich der Sondersitzung von Nationalrat und Bundesrat ausführte: „Und so

wollen wir heute, wenn wir vor der ganzen Welt die Feier des 950jährigen, also fast tausendjährigen Bestandes unserer Heimat begehen, dies tun im vollen selbstbewußten Glauben an uns selber, im bewußten Verantwortungsgefühl, das uns diese Sendung auferlegt, und vor allem auch im heiligen Glauben, zu dem uns alle die Generationen, die vor uns für dieses Österreich gekämpft, gestritten, gelitten und gearbeitet haben, verpflichtet.“ Auch hier gibt es keine Geschichte vor 996, auch hier die Betonung des Millenniums, es wird aber von einer „Sendung“ Österreichs gesprochen, ohne daß deutlich gemacht wird, worin diese historische Aufgabe Österreichs besteht.

Selbstbewußt wollte der junge Staat auftreten, trotz der schweren Belastungen aus Kriegszerstörungen, aus Besatzern und aus dem schweren Erbe der Jahre des Nationalsozialismus. Geschichte sollte die Krücke sein, aber alle jene, die sich etwa an die verordneten Schulfeste des Jahres 1946 erinnern, die zwischen dem 7. und dem 13. Oktober stattfanden, berichten von Unverständnis und Hilflosigkeit unter Lehrern und Schülern, für die der gedankliche Sprung zu groß war, mit dem man den Erlaß des Unterrichtsministeriums zu folgen hatte. Das Ministerium hatte ausgeführt: „Der Sinn dieses feierlichen Gedenkens liegt nicht nur in der Erinnerung an eine historische Tatsache; es soll dadurch vielmehr in allen Österreichern nach Jahren der Unterdrückung das Bewußtsein erweckt und befestigt werden, daß sie auf Grund einer langen und ehrwürdigen Geschichte berufen und berechtigt sind, an dem Werk der europäischen Kultur in friedlicher demokratischer Zusammenarbeit mit allen übrigen Nationen teilzunehmen.“ Die Schulfeste sollten „nicht bloß dem Gedächtnis der Vergangenheit, sondern dem lebendigen österreichischen Volks- und Staatsbewußtsein Ausdruck geben“. Viele Elemente des Elitenkonsens sind hier sichtbar, bis hin zur Opfertheorie. Daß sich dies noch sowohl mit der Sicht der politischen Lager als auch mit dem Bewußtsein der Öffentlichkeit schlagen mußte, war wohl einkalkuliert. Das offizielle Österreich aber stülpte das „Millennium“ über die segmentierten Sichtweisen und schuf so nach außen jenes Bild, das später verinnerlicht werden sollte. Schulkinder führten historische Szenen auf und nahmen damit, vielfach sicher ungewollt, eine Prägung für die nächsten Jahre und Jahrzehnte in sich auf.

Vergleicht man die Feiern von 1946 und 1996, so sind die Bemühungen des Jahres 1996 natürlich entkrampfter, aber auch kommerzialisierter. Sicher sind die politischen Intentionen auch nicht so deutlich und direkt. Dennoch ist aber wohl eindeutig, daß auch die Millenniumsveranstaltungen des Jahres 1996 einer notwendigen Rückversicherung der österreichischen Identität dienen. Bundespräsident Klestil etwa sprach aus Anlaß der Präsentation des inhaltlich gewichtigen Bandes der Akademie der Wissenschaften zum Österreichbegriff davon, wie wichtig die europäische Dimension unseres Selbstverständnisses ist. „Österreichs Vergangenheit war europäisch, die Zukunft wird es auch sein“, führte er aus. Wenn dies keine banale geographische Feststellung sein soll, ist damit wohl wieder die von Figl angesprochene Mission, die Teilnahme an politischen und kulturellen Bemühungen einer Gemeinschaft demokratischer und souveräner Staaten angesprochen. Das ist begrüßenswert, nationale Identität lebt aber auch oder gerade von einer Definition der Unterschiede. Und hier fangen die Probleme eigentlich erst an: was wird in der Zukunft das Typische für Österreich sein? Worauf werden wir stolz sein, was wird die warmen Gefühle der Vertrautheit hervorrufen? Hier ist in der Gegenwart vieles, vielleicht zu vieles in Bewegung, um darauf eine befriedigende Antwort geben zu können. Der Blick in die Vergangenheit stärkt einerseits das Selbstbewußtsein, sollte aber gleichzeitig auch deutlich machen, welche Irrwege gegangen wurden, was alles mit nationalen Befindlichkeiten speziell in diesem Jahrhundert auch an Negativem legitimiert wurde.

